
141/SPET XXIV. GP

Eingebracht am 18.07.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme zu Petition

Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Gesandte Dr. Eva Hager
Leiterin der Abteilung III.7
Internationale Energiefragen
Tel.: +43- (0) 501150-3988
abtiii7@bmeia.gv.at

BMeiA-AT.3.19.04/0033-III.7/2011

An die
Parlamentsdirektion
L1. - Nationalratsdienst
Parlament
1017 W i e n

per E-Mail:
stellungnahme.PETBI@parlament.gv.at

**Betreff: Petitionen Nr. 100 und 102 betr.
"Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich",
konkret betr. Tschechische Republik.**

Beilage

Anverwahrt wird die Stellungnahme des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zu der mit Schreiben vom 28. Juni 2011, GZ 17010.0020/73-L1.3/2011, übermittelten Petitionen Nr. 100 und 102 vorgelegt.

Wien, am 15. Juli 2011
Für den Bundesminister:
HAGER m.p.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend schriftliche Petitionen der Gemeinde Behamberg und Marktgemeinde Strengberg betreffend NEIN zu einem Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber hat am 28. Juni 2011 unter der Zl. GZ. 17010.0020/73-L1.3/2011 schriftliche Petitionen der Gemeinde Behamberg und Marktgemeinde Strengberg betreffend NEIN zu einem Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich eingebracht.

Zu diesen Petitionen nimmt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wie folgt Stellung:

Zunächst ist festzuhalten, dass bis dato seitens der Tschechischen Republik kein Beschluss über die Standortwahl gefallen ist, sondern Bemühungen einer Identifizierung von zumindest zwei alternativen Standorten aus einer Auswahl von mehreren Gemeinden bis 2015 im Gange sind.

Die österreichische Bundesregierung hat sich bereits bisher, zuletzt bekräftigt durch ihren Ministerratsbeschluss vom 22. März 2011 „Gemeinsamer Aktionsplan der Österreichischen Bundesregierung: Internationales Umdenken von der Kernenergie hin zu Erneuerbarer Energie und Energieeffizienz“, dafür eingesetzt, alle möglichen Schritte zu ergreifen, um die Errichtung nuklearer Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich zu verhindern. Konkret wird die kritische österreichische Position bilateral sowohl im Rahmen der regelmäßig abgehaltenen Nuklearexpertengespräche als auch durch die Österreichische Botschaft Prag von Österreich vorgebracht. Darüber hinaus erfolgt eine Einbringung der österreichischen Position auch im Rahmen multilateraler Foren wie etwa der Überprüfungskonferenzen internationaler Abkommen. Bereits im Mai 2012 wird sich dazu im Rahmen des Vertragsstaatentreffens der IAEO-Konventionen zu Nuklearem Abfall und Verbrauchten Brennstoffen Gelegenheit bieten. Auf EU-Ebene steht eine Richtlinie zu Nuklearem Abfall und Verbrauchten Brennstoffen vor ihrer definitiven Annahme, die weitere Möglichkeiten des aktiven Ansprechens der Frage bieten wird. Weiters sind für die Zukunft im Falle der Konkretisierung von Projekten spezifische Möglichkeiten im Rahmen grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen unter Einbindung Österreichs gegeben.